

Landespressekonferenz am 24.01.2025, 10:00 Uhr, Stuttgart
Vorstellung der forsa-Umfrage
„Die Schule aus Sicht der Schulleiterinnen und Schulleiter –
Gewalt an der Schule und gegen Lehrkräfte“
Sprechzettel von Gerhard Brand
VBE Bundesvorsitzender, Landesvorsitzender VBE Baden-Württemberg
– Es gilt das gesprochene Wort. –

Sehr geehrte Damen und Herren,

Gewalt an Schulen ist ein Problem, das häufig untersucht und medial behandelt wird. In den letzten Jahren haben sich etwa Sonderauswertungen der PISA-Studie und der Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung IGLU wie auch das Schulbarometer der Robert Bosch Stiftung und das Barometer Bildungswelt der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung mit der Thematik befasst. Gemeinsam ist all diesen Studien, dass der Fokus allein auf Gewaltvorfälle unter Schülerinnen und Schülern gerichtet ist. Unterbelichtet bleibt dabei jedoch, dass die Gewalt an Schulen sich auch gegen Lehrerinnen und Lehrer richtet.

Um diesen blinden Fleck der Bildungsforschung in den Blick zu bekommen, hat der VBE im Jahr 2016 erstmals eine entsprechende Befragung des schulischen Lehrpersonals durchführen lassen. Es zeigte sich: Gewalttaten gegen Lehrkräfte sind keine Einzelfälle!

Um die Problematik noch genauer beleuchten zu können, hat der VBE gemeinsam mit dem Sozialforschungsinstitut forsa eine umfassende Längsschnittstudie unter Schulleitungen aufgesetzt. Diese Studie ist 2018 gestartet und wird seitdem alle zwei Jahre mit einem gleichbleibenden Fragengerüst und variierenden Zusatzfragen durchgeführt. Für die aktuelle Untersuchung hat forsa vom 11. September bis 9. Oktober 2024 bundesweit 1.311 Schulleitungen befragt, darunter 252 in Baden-Württemberg. Die Daten sind sowohl für das Bundesgebiet als auch für Baden-Württemberg (BaWü) repräsentativ.

Entwicklung von Gewalt an der eigenen Schule

Wir wollten zunächst wissen, wie die Schulleitungen die Entwicklung von Gewalt an der eigenen Schule in den letzten fünf Jahren einschätzen. Diese allgemein gehaltene Fragestellung umfasst sowohl den Aspekt der Gewalt unter Schülerinnen und Schülern als auch die Dimension der Gewalt gegen Lehrkräfte.

<<< Folie 3 >>>

Das Ergebnis fällt deutlich aus: Die Mehrheit der Schulleitungen in Baden-Württemberg (61 %) wie auch im gesamten Bundesgebiet (60 %) sagt, dass die Gewalt an der eigenen Schule zugenommen hat.

Lediglich 3 (BaWü) beziehungsweise 4 Prozent (Bund) der Schulleitungen sagen dagegen, dass die Gewalt an ihrer Schule abgenommen hat.

<<< Folie 4 >>>

Dieser Befund verteilt sich natürlich nicht gleichmäßig auf alle Schulen. Bundesweit haben wir belastbare Daten und sehen, dass insbesondere Schulleitungen jünger als 40 Jahre und diejenigen, die eine Haupt-, Real- oder Gesamtschule leiten, den Eindruck teilen, dass die Gewalt an der eigenen Schule zunimmt. Jeweils 70 beziehungsweise 74 Prozent aus diesen beiden Gruppen sehen eine Zunahme der Gewalt.

Das soziale Klima ist in den letzten Jahren spürbar rauer geworden, dies spiegelt sich auch in den Schulen wider. Die Daten bestätigen, was wir als VBE in vielen Gesprächen mit Lehrkräften und Schulleitungen tagtäglich erfahren: Das Gefühl, dass das soziale Miteinander aufbricht, dass Empathiefähigkeit und Ambiguitätstoleranz bei vielen Kindern, Jugendlichen und Eltern nachlassen und dass Konflikte öfter und schneller eskalieren. Wir beobachten, dass auch der Respekt gegenüber schulischen Autoritäten abnimmt und es regelmäßig zu Grenzüberschreitungen kommt.

Gewalt gegen Lehrkräfte

Bis heute gibt es an den meisten Schul- und Kultusministerien keine verlässliche und transparente Dokumentation darüber, auf welche Weise und wie oft Lehrkräfte bei ihrer Arbeit zu Opfern gewalttätigen Verhaltens werden. Unsere nächsten Items verdeutlichen das ganze Ausmaß und zeigen, dass Gewalt gegen Lehrkräfte ganz unterschiedliche Formen annehmen kann.

Direkte physische Gewalt:

- <<< Folie 5 >>>
Die Frage, ob es an ihrer Schule in den letzten fünf Jahren konkrete Fälle gab, in denen Lehrkräfte direkt beschimpft, bedroht, gemobbt oder belästigt wurden, bejahen in Baden-Württemberg 59 Prozent und bundesweit sogar 65 Prozent der befragten Schulleitungen. 2018 lagen diese Werte noch bei 45 (BaWü) beziehungsweise 48 (Bund) Prozent. Schon der Wert von 2018 war höchst bedenklich.
- <<< Folie 6 >>>
Auch dieses Jahr zeigt sich, dass die direkte psychische Gewalt öfter von den Eltern ausgeht als von den Schülerinnen und Schülern, wobei beide Gruppen zu einem hohen Prozentsatz als Täter in Erscheinung treten. Allerdings kommt es auch an mehr als zehn Prozent der Schulen bundesweit dazu, dass Erwachsene ohne jeglichen Bezug zur Schule psychische Gewalt gegen Lehrkräfte ausüben.

Cybermobbing:

- <<< Folie 5 >>>
An jeder dritten Schule in Baden-Württemberg (34 %) und Deutschland (36 %) kam es außerdem zu Vorfällen, bei denen Lehrkräfte über das Internet diffamiert, belästigt, bedroht oder genötigt wurden. 2018 lagen diese Werte noch bei 16 (BaWü) beziehungsweise 20 (Bund) Prozent.
- <<< Folie 8 >>>
Hier sind es vor allem die Schülerinnen und Schüler, welche die Anonymität der digitalen Welt nutzen, um zu diffamieren, zu beleidigen und zu verletzen. Aber auch die Eltern werden online zu einem hohen Prozentsatz zu Tätern. Zudem sehen wir auch hier wieder erwachsene Täter, die in keinem Zusammenhang mit der Schule stehen.

Direkte körperliche Gewalt:

- <<< Folie 5 >>>
Von Vorfällen, bei denen Lehrkräfte körperlich angegriffen wurden, berichtet jede vierte Schulleitung in Baden-Württemberg (26 %) und bundesweit sogar jede dritte Schulleitung (36 %). 2018 lagen diese Werte noch bei 16 (BaWü) beziehungsweise 26 (Bund) Prozent.
- <<< Folie: 10 >>>
In den allermeisten Fällen gehen körperliche Attacken von den Schülerinnen und Schülern aus. Allerdings berichtet landes- wie bundesweit jede zehnte Schulleitung auch von Vorfällen, bei denen Eltern die Lehrerinnen und Lehrer körperlich angegriffen haben.

Insgesamt beobachten wir in Baden-Württemberg wie auch bundesweit eine erschreckende und parallel laufende Entwicklung: Die Zahl der gewalttätigen Übergriffe auf Lehrkräfte ist seit 2018 drastisch angestiegen und scheint sich nun auf einem hohen Niveau einzupendeln. Im Vergleich zur letzten Erhebung 2022 gibt es nur noch leichte Verschiebungen, dennoch messen wir aktuell landes- und bundesweit Höchstwerte in allen drei Gewaltdimensionen (körperliche Gewalt, direkte psychische Gewalt und Cybermobbing).

Besonders besorgniserregend ist, dass die direkte Gewalt unverändert hoch beziehungsweise bundesweit sogar leicht angestiegen ist, was für eine gesunkene Hemmschwelle spricht. Hochgerechnet auf die Grundgesamtheit kam es allein in Baden-Württemberg binnen fünf Jahren an rund 1.000 Schulen zu körperlichen Angriffen auf Lehrkräfte. Dies bedeutet, dass an jedem einzelnen Schultag in Baden-Württemberg mindestens eine Lehrkraft körperlich attackiert wird.

Aber auch die Entwicklung beim Cybermobbing muss uns zu denken geben. Kinder und Jugendliche benötigen klare Regeln für den Umgang mit digitalen Medien. Bei der Medienbildung müssen daher die Gewaltprävention und die Schaffung eines Unrechtsbewusstseins für Cybermobbing eine zentrale Rolle einnehmen.

<<< Folie 12 >>>

Blicken wir auf die bundesweiten Daten, können wir einige der genannten Befunde noch präzisieren. So kommt es vermehrt an Hauptschulen, Realschulen und Gesamtschulen zu Fällen psychischer Gewalt. Dies betrifft fast drei von vier Schulen dieser Schulform. Eine leichte Abweichung nach oben sehen wir hier zudem bei den Förder- und Sonderschulen.

Lehrkräfte an Gymnasien sowie Hauptschulen, Realschulen und Gesamtschulen werden deutlich häufiger zu Opfern von Mobbing im Internet, wohingegen es an Grundschulen sowie Förder- und Sonderschulen häufiger zu Fällen direkter körperlicher Gewalt kommt.

Umgang mit dem Thema „Gewalt gegen Lehrkräfte“

<<< Folie 13 >>>

Nach all diesen bedrückenden Befunden stellt sich die Frage: Gelingt es wenigstens, betroffene Lehrkräfte ausreichend zu unterstützen und wieder aufzufangen? 2018 bejahten dies landes- und bundesweit noch rund neun von zehn Schulleitungen (BaWü: 85 %, Bund: 87 %). Sechs Jahre später sagen dies nun nur noch 53 (BaWü) beziehungsweise 58 Prozent (Bund) der Befragten. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Fälle, bei denen Lehrkräfte nur teilweise oder gar nicht aufgefangen werden können, sowohl landes- wie auch bundesweit verdreifacht.

Die Unterstützungsmöglichkeiten, die schon 2018 mangelhaft waren, sind heute ungenügend.

<<< Folie 14 >>>

Woran scheitern Schulleitungen, wenn sie betroffene Lehrkräfte unterstützen wollen? Werfen wir einen Blick auf die Bundesdaten: Drei von vier Schulleitungen, denen die Unterstützung betroffener Lehrkräfte nicht gelang, waren mit Schülerinnen und Schülern konfrontiert, die nach ihrer Tat uneinsichtig reagiert haben. Gut 70 Prozent berichten von kooperationsunwilligen Eltern. Aber auch die Fülle sonstiger Aufgaben und die zu bürokratischen und zeitaufwändigen Meldungen werden von fast der Hälfte der Befragten und mehr genannt.

Jeweils fast 30 Prozent meldeten zurück, dass sowohl das Schulministerium als auch die Schulverwaltung sich der Problematik nicht ausreichend annähmen. Viele Schulleitungen haben auch das Gefühl, dass die Meldung von Gewaltvorfällen seitens der Schulbehörden gar nicht gewünscht ist. Bundesweit antwortete dies fast jede fünfte Schulleitung.

<<< Folie 15 >>>

Es ist geradezu bezeichnend und gleichermaßen ein Alarmsignal an die Politik, dass jede zweite Schulleitung (BaWü: 50 %, Bund: 47 %) die Gewalt gegen Lehrkräfte sogar als ein Tabuthema wahrnimmt. Auch dieser Wert hat sich im Vergleich zu 2018 (BaWü: 36 %, Bund: 39 %) drastisch verschlechtert.

Anstatt das Thema offen anzugehen und die dringend benötigte Unterstützung anzubieten, wird ein Klima geschaffen, in dem Lehrkräfte und Schulleitungen sich vor einem Reputationsverlust ihrer Schule fürchten müssen, wenn sie Gewaltvorfälle melden. Wir müssen es so deutlich sagen: Die mangelnde Unterstützung betroffener Lehrkräfte ist ein Armutszeugnis für den Dienstherrn. Lehrkräfte haben einen Anspruch darauf, ihrer Tätigkeit ohne Angst nachgehen zu können und bei Gewaltvorfällen nicht allein gelassen zu werden. Dabei geht es nicht nur um psychologische Angebote, sondern auch um eine juristische Vertretung. Bis heute gibt es bei Gewaltvorfällen gegen Lehrkräfte keine Anzeige von Amts wegen, stattdessen werden Lehrkräfte mit dem Problem allein gelassen und müssen privat Anzeige erstatten.

Gewaltprävention

<<< Folie 16 >>>

Je größer die Gewaltproblematik, desto entscheidender wird die präventive Arbeit. Danach gefragt, welche Präventionsmaßnahmen aus ihrer Sicht am wichtigsten sind, nennen die allermeisten Schulleitungen neben der Kooperation mit staatlichen Institutionen wie z. B. der Polizei auch die Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams und eine angemessene Personalausstattung.

Gerade der Ausbau der Schulpsychologie und der Schulsozialarbeit wären dringend notwendig, um Kinder und Jugendliche aufzufangen, bevor sie zu Tätern werden, soziale Kompetenzen im Klassen- und Schulgefüge zu fördern und die zunehmend an Bedeutung gewinnende Elternarbeit zu stärken. Sowohl Schulsozialarbeitende als auch Schulpsychologen sind heute bei ihrer Arbeit mit viel zu großen Fallzahlen konfrontiert. Vor zwei Wochen erst hat etwa der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) darauf hingewiesen, dass im bundesweiten Schnitt

rechnerisch ein Schulpsychologe für 5.218 Schüler/-innen zuständig ist, in Baden-Württemberg sind es sogar 7.851. Der BDP empfiehlt dagegen, orientiert am internationalen Standard, eine Quote von eins zu 1.000. Die Zahlen verdeutlichen uns, wie groß der Handlungsbedarf ist. Bei der Schulsozialarbeit sehen die Quoten zwar besser aus, aber auch hier müsste seriösen Schätzungen zufolge der Personalbestand verdoppelt werden, um einigermaßen effektiv arbeiten zu können. Doch allein auf Schulsozialarbeit und Schulpsychologie zu schauen, greift zu kurz. Lehrkräfte müssen mehr denn je in die Lage versetzt werden, mit Konfliktsituationen umgehen zu können. Mehrheitlich messen die Schulleitungen daher Fortbildungsangeboten zu Prävention und Deeskalation eine besonders wichtige Rolle bei. Gerade Junglehrkräfte berichten uns, dass sie sich auf diesen Aspekt ihrer Arbeit völlig unzureichend vorbereitet fühlen. Der VBE fordert deshalb, dass der Umgang mit Gewalt in allen drei Phasen der Lehrkräftebildung (Studium, Referendariat, Fortbildung) berücksichtigt werden muss.

Amokalarm

<<< Folie 17 >>>

Das schlimmste Gewaltszenario, das an einer Schule eintreten kann, ist ein Amoklauf. Eine spezielle Amokalarmanlage kann eine Eskalation verhindern und die Polizeibehörden rechtzeitig informieren. Infolge des Amoklaufs in Winnenden im März 2009 sind zumindest in Baden-Württemberg solche Alarmanlagen heute verpflichtend. Und dennoch fehlen sie an drei von zehn Schulen (30 %). In Bund gibt es sogar an mehr als vier von zehn Schulen (43 %) keinen Amokalarm. Die Kommunen, die als Schulträger für die Anschaffung und Installation der Alarmsignale zuständig sind, sparen hier auf Kosten der Sicherheit von Kindern, Jugendlichen und Lehrkräften. Liebe Kommunen: An der Sicherheit unserer Schulen darf kein Preisschild hängen! Die Politik ist dringend aufgerufen, diesem Trauerspiel ein Ende zu bereiten und die Kommunen noch strenger in die Pflicht zu nehmen. Nicht nur in Baden-Württemberg, sondern bundesweit.

Fazit

Der Schutz der Lehrkräfte vor gewalttätigen Übergriffen ist eine Selbstverständlichkeit. Das Mindeste, was Lehrerinnen und Lehrer erwarten können, ist, dass sie ihrer Arbeit unbehelligt nachgehen und unversehrt wieder nach Hause gehen können. Und doch gelingt es dem Dienstherrn immer weniger, Lehrkräfte präventiv zu schützen oder ihnen zumindest angemessen beizustehen, wenn es zu Gewaltvorfällen kommt. Gewalt darf jedoch nicht als Privatproblem der Pädagoginnen und Pädagogen abgetan werden. Der Dienstherr und Arbeitgeber hat für entsprechende Arbeitsbedingungen und den Schutz seiner Beschäftigten zu sorgen.

Prävention und Unterstützung verlangen eine Vielzahl ineinandergreifender Maßnahmen. Auf Basis der Ergebnisse der vorliegenden Befragung fordert der VBE:

- Gewalt gegen Lehrkräfte darf kein Tabuthema sein. Vorfälle müssen von den Kultusbehörden dokumentiert und Statistiken anonymisiert veröffentlicht werden.
- Eine größere Unterstützung der Schulen durch multiprofessionelle Teams und den flächendeckenden Einsatz psychologisch geschulter Fachkräfte und Schulsozialarbeit.
- Mehr Flexibilität, freie Gestaltungsräume und vor allem mehr Angebote und Zeit für Schule, um Gewaltprävention, Werteerziehung und Medienbildung leisten zu können.
- Das Thema Gewalt muss in allen drei Phasen der Lehrkräftebildung (Studium, Referendariat, Fortbildung) Berücksichtigung finden, damit Lehrkräfte auch in Konfliktsituationen handlungsfähig bleiben.
- Betroffene Lehrkräfte müssen die volle Unterstützung des Dienstherrn erfahren. Dies beinhaltet psychologische Angebote wie auch eine juristische Vertretung.